



Presseinformation

Nr. 59 / 2012

Kiel, Freitag, 10. Februar 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Internet / ACTA

Ingrid Brand-Hückstädt: ACTA – Zu viele Unklarheiten, um es einfach durchzuwinken

Zu den für morgen (11. Februar 2012) geplanten europaweiten Protesten gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) erklärt die medienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Ingrid Brand-Hückstädt**:

„Das jetzt im Europaparlament diskutierte Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) – oder auch Anti-Piraterie-Abkommen – lässt zu viele Fragen offen, als dass es dort einfach durchgewunken werden darf.“

„Inhaltlich habe ich erhebliche Bedenken, dass dieses Abkommen wirklich den gewünschten Zweck – nämlich Pirateriebekämpfung im Marken- und Urheberbereich – erreicht. Und auch rechtlich gesehen bleiben viele Fragen offen. Besonders im Artikel 27 des Abkommens, in dem es um die Durchsetzung von ACTA im digitalen Bereich geht, sehe ich noch erheblichen Klärungsbedarf: Unklare Rechtsbegriffe und schwammige Formulierungen bergen erhebliche Rechtsunsicherheiten.“ So sei beispielsweise überhaupt nicht klar, welche Auswirkungen die Strafandrohungen zum Beispiel für Internet-Provider hätten. Auch die bisher erhobene Kritik, ACTA schränke massiv die Grundrechte ein und stelle einen Eingriff in die Privatsphäre der Internetnutzer dar, sei bislang noch nicht ausreichend widerlegt. „Daher ist eine gründliche inhaltliche und juristische Prüfung durch das Europäische Parlament dringend geboten, bevor dieses über das Abkommen abstimmt“, so Brand-Hückstädt.

„Neben der Klärung all dieser offenen Punkte, insbesondere der Frage nach Grundrechtseingriffen, muss für uns sichergestellt sein, dass ACTA nicht Ausgangspunkt für Netzsperrungen sein wird. Denn solche wird es mit der FDP nicht geben! Solange diese Frage nicht abschließend – und vor allem rechtssicher – geklärt ist, sollte ACTA in Deutschland nicht ratifiziert werden“, so Brand-Hückstädt abschließend.